

Stromlieferanten kassieren

In Derendingen SO zahlen Haushalte im nächsten Jahr 8 Prozent mehr für Strom, die Grossverbraucher dagegen 20 Prozent weniger. Dass Haushalte übermässig zur Kasse gebeten werden, interessiert nun auch die Stromaufsicht.

Eigentlich ist der Fall klar: Ein Stromversorger darf von den Haushalten nicht höhere Tarife verlangen als von den Grosskunden, nur weil die Privatkunden ihren Stromlieferanten nicht wechseln können. Stefan Burri von der Strommarktaufsicht Elcom sagt: «Zahlt ein Versorger beim Stromeinkauf für alle Kundengruppen gleich viel, darf er den Haushalten keine höheren Energietarife verrechnen. Das verbietet das Gesetz.»

Nur wenn ein Elektrizitätswerk für seine Grosskunden günstiger Strom beschaffen kann, ist ein tieferer Tarif zulässig. Das ist beispielsweise möglich, wenn ein Grosskunde seine Kühl- lager rund um die Uhr betreibt und deshalb immer gleich viel Strom braucht. Der Lieferant muss dann nie kurzfristig teuren Strom hinzukaufen, weil sich der Stromverbrauch geändert hat.

Noch 2012 zahlten sowohl Haushalte wie Grosskunden im Mittel 9 Rappen für die Energie (ohne Netzkosten und andere Abgaben). Das heisst: Nur ganz wenige Grosskunden profitierten damals von günstigeren Tarifen. Nächstes Jahr zahlen Grosskunden im Mittel 14,4 Prozent weniger für Energie als 2012. Bei den Haushalten sind es nur 7,8 Prozent weniger. Das heisst: Die Grossverbraucher profitieren doppelt so stark von den tieferen

Marktpreisen für Strom wie die Haushalte. Dies zeigen neue Zahlen der Elcom.

Höhere Rechnung, obwohl die Strompreise sinken

Steigende Abgaben für die Netznutzung und für die Ökostromförderung machen die sinkenden Stromkosten für Haushalte allerdings zunichte («K-Tipp» 15/14). Die Stromrechnung eines Durchschnittshaushalts mit einem Verbrauch

von 4500 Kilowattstunden (kWh) fällt deshalb im nächsten Jahr um 5 Prozent höher aus, errechnete die Elcom. Damit steigen die Stromausgaben um 42 Franken auf 931 Franken.

Grossverbraucher sind solch steigenden Stromtarifen nicht ausgeliefert. Wer über 100 000 kWh pro Jahr verbraucht, kann den Stromlieferanten auswählen. Dieser Wettbewerbsdruck fehlt bei Haushalten. Deshalb sinken nur die Tari-

fe für die Grosskunden, was Preisüberwacher Stefan Meierhans kritisiert (*saldo* 10/14).

Die Preisgestaltung der Stromversorger ist in mindestens drei Fällen so auffällig, dass sich die Frage stellt, ob die gefangenen Haushalte die Zeche für die tiefen Preise der Grossverbraucher zahlen müssen. Dies zeigt die Analyse der Elcom-Rohdaten über die Energiepreise 2015 (ohne Netzgebühren und andere Abgaben):



Stromlieferant CKW: Die privaten Haushalte in der Zentralschweiz zahlen nächstes Jahr 1,79 Prozent mehr

dreist ab



KEYSTONE

tieren von tieferen Preisen, ohne den Lieferanten zu wechseln.

■ In der Zentralschweiz schlagen die CKW bei den rund 120 000 Privathaushalten im Durchschnitt um 1,79 Prozent auf. Die Grossverbraucher erhalten eine Reduktion um 6,33 Prozent. Die Haushalte zahlen 1,12 Rappen mehr pro kWh als Grosskunden.

■ In Delémont JU schlägt der Stromversorger SID bei einem Durchschnittshaushalt zwar nicht auf. Die Grossverbraucher erhalten jedoch eine Reduktion um 10,53 Prozent. Die Haushalte zahlen 1,96 Rappen mehr pro kWh als Grosskunden.

Alle drei Stromversorger sagen gegenüber *saldo*, ihre Tarifpolitik sei «gesetzeskonform». Sie würden den Haushalten bloss die höheren Einkaufspreise weiterverrechnen.

Die Elcom hinterfragt nun die Tarifpolitik einzelner Anbieter. Die Aufsichtsbehörde sei sich bewusst, «dass die Haushalte übermässig zur Kasse gebeten werden könnten». Laut Stefan Burri, Chef Preise und Tarife bei der Elcom, hat die Behörde deshalb eine Untersuchung gegen einen nicht namentlich genannten Stromversorger eingeleitet: «Wir prüfen zurzeit, ob der Haushaltstarif begründbar ist oder entgegen dem Gesetz zu hoch. Bei mehreren anderen Stromversorgern haben wir ähnliche Vorbehalte.»

Yves Demuth

■ In Derendingen SO schlägt der lokale Stromversorger EWD bei einem Durchschnittshaushalt um 8,41 Prozent auf. Die Grossverbraucher erhalten hingegen eine Reduktion um 20,13 Prozent. Resultat: Die Haushalte zahlen 2,3 Rappen mehr pro kWh als Grosskunden und haben ab Januar den höchsten Stromtarif im Kanton Solothurn. Grossverbraucher wie etwa die Derendinger Zeitungsdruckerei Vogt-Schild profi-

Postfinance: Geldmacherei mit Daten von E-Banking-Kunden

Postfinance stellt Internetkunden ein Ultimatum: Wer die neuen Geschäftsbedingungen nicht akzeptiert, darf das E-Banking nicht mehr nutzen. Das Vorgehen ist rechtlich «hochproblematisch» und «unlauter», sagt ein Experte.



E-Banking: Postfinance will Kunden neue Geschäftsbedingungen aufzwingen

ULTIMATUM

So wehren Sie sich

■ Teilen Sie Postfinance per Einschreiben mit, dass Sie mit den neuen Geschäftsbedingungen von E-Finance nicht einverstanden sind. Es gelten dann weiterhin die alten Regelungen. ■ Postfinance kann nicht verlangen, dass Sie Ihr Konto kündigen. Sie kann höchstens von sich aus kündigen. ■ Falls Postfinance Ihnen ab dem 12. Oktober 2014 den Zugriff auf E-Finance verweigert, wenden Sie sich an die saldo-Rechtsberatung.

zeit ändern kann. D Änderungen gelten als ungültig, wenn der nicht innert Monatsfrist das Vertragsverhältnis ändert. Stephan Fuhrer es «hochproblematisch», wenn in den Geschäftsbedingungen nicht. Postfinance könnte dies derzeit einseitig ändern. Das sei «nicht nur unethisch, sondern unzulässig und dürfte Gericht kaum zustimmen». Grund: Eine Klausel im Vertrag, nach der Postfinance ab dem 12. Oktober 2014 den Zugriff auf E-Finance verweigert, wendet Sie sich an die saldo-Rechtsberatung.

saldo 15/2014: Neue Geschäftsbedingungen muss man nicht akzeptieren

Postfinance krebst zurück

Postfinance-Kunden müssen nicht akzeptieren, dass ihr Zahlungsverkehr gegen ihren Willen ausgewertet wird. Das sieht nun auch die Post ein. saldo sagt, wie man sich wehrt.

Die Postfinance will die Kundendaten aus dem elektronischen Zahlungsverkehr zu Geld machen. Dazu analysiert sie nach eigenen Angaben ab Spätherbst den Zahlungsverkehr jener Kunden, die ihre Zahlungen per Internet erledigen. Gestützt auf diese Auswertung will Postfinance den Kunden ab Frühjahr personalisierte Werbung auf den Bildschirm schicken (*saldo* 15/14).

Um Kundendaten bearbeiten und zu Geld machen zu können, braucht Postfinance das Einverständnis

der Kunden. Deshalb wurden die Geschäftsbedingungen geändert. Jetzt heisst es dort: Ohne eine ausdrückliche Abmeldung des Kunden geht Postfinance davon aus, dass der Kunde mit Werbung und der «dazu nötigen Datenbearbeitung» einverstanden ist.

Das Einverständnis dazu holt sich Postfinance beim Einloggen der Kunden: In einem Einblender heisst es, am 12. Oktober würden neue Geschäftsbedingungen in Kraft treten. Und: «Um E-Finance künftig nutzen zu können, müssen Sie diese akzeptieren.»

Auf Anfrage von *saldo* hält Postfinance an diesem Vorgehen fest. Sprecher Marc Andrey: «Wer die neuen Bedingungen nicht akzeptiert, kann E-Finance ab 12. Oktober nicht mehr benutzen.»

In einem Punkt ist Postfinance jetzt zurückgekrebst: Man ist bereit, sofort auf die Datenbearbeitung zu verzichten, wenn ein Kunde damit nicht einverstanden ist. Das ent-

spricht der Rechtslage: Gemäss Gesetz kann jedermann eine Datenbearbeitung jederzeit untersagen.

Mitteilung per Brief genügt

Das bedeutet für E-Finance-Teilnehmer: Erstens muss niemand die neuen Geschäftsbedingungen akzeptieren. Aber auch wer dies tun will, kann Postfinance schriftlich mitteilen, dass er mit der Bearbeitung seiner Zahlungsdaten nicht einverstanden ist und keine personalisierte Werbung wünscht. Es genügt eine Mitteilung via Brief oder geschützter Nachricht im Login-Bereich von E-Finance: «Ich untersage Postfinance, meine im Rahmen des Zahlungsverkehrs zur Verfügung gestellten persönlichen Daten und Zahlungsinformationen für eigene oder fremde Zwecke zu bearbeiten.» Einen Musterbrief finden Sie unter www.saldo.ch → Service → Musterbriefe → Geld + Versicherung → Verbot Datenbearbeitung). *bos*